

# A26-Anschluss: Es dauert

Erneut müssen Unterlagen ausgelegt werden / Kritik der BI: „Was planen die eigentlich?“

**tk. Buxtehude.** Es gibt erneut Verzögerungen beim Bau des Buxtehuder A26-Zubringers: Die Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren zum Ausbau der K40 (Rübker Straße) müssen erneut ausgelegt werden. Der Grund: Nach dem Erörterungstermin im Sommer wurden weitere Gutachten notwendig. „Die Öffentlichkeit hat ein Anrecht darauf, sie einzusehen“, sagt Kreisbaurat Hans-Hermann Bode.

Es geht laut Bode dabei unter anderem um die Höhe der Lärmschutzwände, um schalltechnische oder landschaftsplanerische Fragen. „Mit den Einwendungen und ihrer Aufarbeitung müssen wir sorgfältig umgehen“, begründet Bode die Verzögerung durch die erneute Auslegung. Sie soll im Frühjahr 2017 stattfinden. Wenn es - was zu erwarten ist - erneut Einwendungen gibt, kann die



Der Bau des A26-Zubringers stößt auf Widerstand

Foto: tk

Planfeststellungsbehörde einen weiteren Erörterungstermin ansetzen. Laut Bode sei das aber nur sinnvoll, wenn es qualitativ neue Hinweise gebe. Gibt es diesen Termin nicht, könnte der Kreistag vor der Sommerpause 2017 den Planfeststellungsbeschluss fassen.

Für die Bürgerinitiative (BI), die gegen den

Ausbau der K40 kämpft, kommt diese Wende nicht überraschend. Nach dem Erörterungstermin habe es einen Ortstermin an der K40 gegeben. BI-Sprecher Ulrich Felgentreu: „Das war erschreckend.“ Einige der Planer seien offenbar zum ersten Mal überhaupt vor Ort gewesen. So hätten Planer festge-



Ulrich Felgentreu, Sprecher der BI

stellt, dass einige Häuser tatsächlich höher seien als sie annahmen - was ihre Berechnungen zum Schallschutz nichtig machte. „Woüber haben die eigentlich sechs Jahre lang geplant“, fragt Felgentreu.

Egal ob es im Sommer oder später den Planfeststellungsbeschluss gibt - „wir werden dagegen kla-

gen“, kündigt der BI-Sprecher an. Es bleibt ein Wettrennen: 2021 soll die A26 bis Neu Wulmstorf fertig sein. Der Anschluss an die A7 auf Hamburger Gebiet soll bis 2023 gebaut werden. Es wäre nicht verwunderlich, wenn der Buxtehuder Anschluss dann noch immer eine Sache der Gerichte wäre.